

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haußallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion, zieht eine Bilanz der Außenpolitik der Regierung Kohl/Genscher: Unter der Tarnkappe der Kontinuität.

Seite 1

Rosmarie Nemitz erinnert an Anna Nemitz: Eine Vorkämpferin der Frauenbewegung.

Seite 3

Wolfgang Roth MdB sieht die BRD-Staatsschulden außer Kontrolle geraten wie in den USA: Die Regierung vertraut den Gesundheitsbetern.

Seite 4

Egon Lutz MdB weist Halb- und Unwahrheiten in der Anzeigen-Serie des Bundespresseamtes nach: Ein Skandal.

Seite 5

Hermann Scheer MdB fordert, die Tauglichkeitskriterien der Bundeswehr zu ändern: Nur so ist Wehrgerechtigkeit zu erreichen.

Seite 7

Karl Ravens MdL setzt sich dafür ein, die falsche Politik zu korrigieren: Sozialdemokraten haben die gerechteren Lösungsvorschläge.

Seite 8

37. Jahrgang / 247

29. Dezember 1982

Unter der Tarnkappe der Kontinuität

Bilanz der Außen- und Sicherheitspolitik der Regierung Kohl/Genscher am Jahreswechsel

Von Karsten D. Voigt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bilanz von drei Monaten Außen- und Sicherheitspolitik der Übergangsregierung Kohl/Genscher fällt überwiegend negativ aus. Das positive außenpolitische Erbe der Regierungen Brandt und Schmidt wird entweder wie eine lästige Erblast perspektivlos verwaltet oder stückchenweise verspielt.

Immer mehr entlarvt sich das Gerede von der außenpolitischen Kontinuität als Tarnkappe, unter der die schrittweise Abkehr von den Konzeptionen und der Praxis der sozial-liberalen Friedens- und Sicherheitspolitik seit 1969 verschleiert werden soll. Zugunsten einer weitgehend konturlosen Anpassung an die Reagan-Administration droht die unter Bundeskanzler Helmut Schmidt geachtete und gewichtige Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Dialog und in den Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt wieder verloren zu gehen.

Zum Beispiel:

1. Genfer Verhandlungen über atomare Mittelstreckenwaffen:

Auch nach den neuen Verhandlungsvorschlägen des sowjetischen Parteichefs Andropow wiederholt die Bundesregierung gebetsmühlenartig ihre Unterstützung der amerikanischen Ausgangsposition. Im Gegensatz zu Bundeskanzler Helmut Schmidt beschränkt sich Kohl darauf, weitere Zugeständnisse von der Sowjetunion zu fordern. Er verzichtet darauf, im Interesse eines zügigen Verhandlungsverlaufs und eines fairen Verhandlungskompromisses auch die USA zu einer Überprüfung ihrer bisherigen Ausgangsposition aufzufordern.

Dies ist der entscheidende Unterschied: Helmut Schmidt hat durch sein Drängen die beiden nuklearen Weltmächte in Genf an den Verhandlungstisch gebracht. Herr Kohl dagegen gefährdet Verhandlungsfortschritte in Genf, weil



seine konturlose Anpassung an die Reagan-Administration die notwendige Kompromißbereitschaft auf beiden Seiten blockiert. Im Interesse der Kontinuität fördern wir eine Rückkehr zur aktiven Gestaltung statt des Abgleitens in eine passive Verwaltung der Abrüstungspolitik der früheren Bundesregierung.

2. Entwicklungspolitik:

Die Hilfe für Entwicklungsländer wird mit dem Export marktwirtschaftlicher Ideologien verknüpft. An die Stelle des Vorrangs entwicklungspolitischer Zielsetzungen droht zunehmend die Ausrichtung auf deutsche Exportinteressen zu treten.

Sicherheitsinteressen der NATO sollen in die Dritte-Welt-Politik einfließen. Wer politisches Wohlverhalten gegenüber dem Westen und seiner Führungsmacht USA finanziell belohnen und kritisches Verhalten von Entwicklungsländern mit wirtschaftlichen Nachteilen bestrafen will, läßt das richtige Ziel der Förderung wirklicher Blockfreiheit zur inhaltslosen Phrase verkommen. Länder mit linksgerichteten Systemen wie Nicaragua und Zimbabwe werden durch die Kürzung der Entwicklungshilfe bestraft. Länder mit rechtsgerichteten Systemen wie El Salvador sollen aufgewertet werden.

3. Türkei:

Der Deutsche Bundestag hat am 5. Juni 1981 in einer einstimmig gefaßten Entscheidung die Fortsetzung der Türkei-Hilfe von der Rückkehr zur Demokratie und von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig gemacht.

Mit ihrer Zustimmung zur Gewährung der vollen Türkei-Hilfe hat sich die Rechts-Koalition über verhandlungsrechtliche und politische Bedenken hinweggesetzt. Es bleibt das Geheimnis des Parteivorsitzenden der FDP, wie er als Liberaler glaubwürdig bleiben will, wenn er keine praktischen Konsequenzen aus der Verletzung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundsätze in einem Mitgliedland des Europarates und der NATO zieht. Ebenso offensichtlich ist der Widerspruch zwischen Bundeskanzler Kohls Kennzeichnung der NATO als Wertegemeinschaft und seinem praktischen Verhalten gegenüber einem Mitgliedland der NATO, in dem zur Zeit noch keine demokratischen Verhältnisse herrschen. Dieser Widerspruch entlarvt, welche geringe praktische Bedeutung sein Anspruch der geistig-moralischen Erneuerung in der politischen Praxis hat.

4. Seerecht:

Durch ihre Weigerung, die Seerechtskonvention zu unterzeichnen, verspielt die Bundesregierung eine große Chance weltweiter Zusammenarbeit, insbesondere mit Ländern der Dritten Welt. Sie reiht sich ein in die Phalanx der wenigen Länder, wie USA, Türkei, Argentinien und möglicherweise auch Großbritannien, die bereits heute Gefahr laufen, vor allem von den UNO-Mitgliedern aus der Dritten Welt in den Ruf eines "Clubs aggressiver außenmaritimer Politik" zu geraten.

Diese Politik schadet auch deutschen Interessen: Es steht heute bereits so gut wie fest, daß die Bundesregierung Sitz und Stimme in der wichtigen Kommission, die die Nutzung des Meeresbodens regelt, verloren hat. Durch diese Politik droht aber auch die Verlegung des Seegerichtshofes nach Hamburg gefährdet zu werden.

Fazit:

Die ersten drei Monate der neuen Rechts-Koalition haben bereits jetzt viele berechtigte Zweifel an ihren politischen Absichten und auch an ihren politischen Fähigkeiten genährt. Eine rege internationale Reisetätigkeit kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß bisher keines der wesentlichen außen-, abrüstungs- und entwicklungspolitischen Probleme gelöst wurde. In einer kritischen Bilanz am Jahresende zeigt sich, daß Bundeskanzler Kohl mit dem Gerede von der Kontinuität in der Außenpolitik dem Wähler vor den geplanten Neuwahlen Sand in die Augen streuen wollte, um die Abkehr vom außenpolitischen Erbe Helmut Schmidts und Willy Brandts zu verbergen.

(-/29.12.1982/ks/ca) *Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier*



Eine Vorkämpferin der Frauenbewegung

Am 3. Januar 1873 wurde Anna Nemitz geboren

Von Dr. Rosmarie Nemitz

Am 3. Januar jährt sich zum 110. Mal der Geburtstag der früheren Reichstagsabgeordneten und Berliner Städtältesten Anna Nemitz, einer der Vorkämpferinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung. 1873 im westpreußischen Bromberg als Kind einer Arbeiterfamilie geboren, führte ihr Weg über Bochum nach Berlin, wo sie ihre zweite Heimat fand.

Das Wirken dieser Frau umfaßte die ganze Periode des Aufbruchs der Arbeiterschaft aus unwürdiger Abhängigkeit zur selbstbewußten politischen Gestaltungskraft der deutschen Politik. Am Anfang stand das elementare Aufbegehren gegen das soziale Unrecht. Die Exponenten des Kaiserreichs reagierten mit Schärfe: Der Vortrag eines Prologs auf einer verbotenen Maifeier brachte sie auf die Anklagebank. Und 1917, als die schwächliche Frau auf einer Kundgebung die Beendigung des Krieges forderte, folgte der obligate Hochverratsprozeß.

Der November 1918 sieht Anna Nemitz, inzwischen Vorstandsmitglied der USPD, als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Berlin-Charlottenburg. Ab 1920 wirkt sie als Abgeordnete des Wahlkreises Liegnitz im Reichstag. Und 1922, nach der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien, wird sie in den Parteivorstand der SPD gewählt. Gemeinsam mit Marie Juchacz geht sie an den Aufbau der "Arbeiterwohlfahrt", deren erstem Hauptausschuß sie angehört. Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß 1925 in Marseille gehört sie zur Gruppe der weiblichen Delegierten aus Deutschland.

Nach 1933 bleibt Anna Nemitz in Berlin. Sie gehört zum Freundeskreis um den früheren Reichstagspräsidenten Paul Löbe, den in Theresienstadt umgekommenen früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Julius Moses und die spätere Berliner Bürgermeisterin Louise Schröder. Unmittelbar nach 1945 nimmt sie ihre Tätigkeit als einer der Vertreter des Ostsektors im Berliner Abgeordnetenhaus wieder auf. An ihrem 80. Geburtstag wird sie von Bürgermeister Ernst Reuter zur Städtältesten von Berlin ernannt.

Am 6. Oktober 1962, im Alter von 89 Jahren, hat sich ein kämpferisches und arbeitsreiches Leben vollendet. Auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof, wo sie zu letzten Ruhe gebettet wird, nimmt der Regierende Bürgermeister Willy Brandt - gleichzeitig auch für die Sozialdemokratie - mit bewegenden Worten von Anna Nemitz Abschied. "Aufrechte Gesinnung und unwandelbare Treue waren die Maxime eines Lebens", so sagte Brandt, "das beinahe 90 Jahre währte und in dessen Ablauf sich ein Stück Geschichte deutscher Frauenbewegung, deutscher Arbeiterbewegung und des Ringens um die freiheitliche, soziale Demokratie repräsentierte".

Die Stadt Berlin hat Anna Nemitz durch die nach ihr erfolgte Benennung einer Straße ein bleibendes Denkmal gesetzt. Auch ein Senioren-Wohnheim der Arbeiterwohlfahrt trägt ihren Namen.
(-/29.12.1982/ks/ca)

+ + +



Die Regierung vertraut den Gesundbetern

Unter Kohl/Genscher werden unsere Staatsschulden außer Kontrolle geraten wie in den USA

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

In diesen Tagen wollen gerade die Verbände und Repräsentanten der Wirtschaft Silberstreifen am Konjunkturhimmel entdecken, die jahrelang darauf abonniert waren, die Gegenwart düster und die Zukunft der Wirtschaft unerträglich zu zeichnen. Um einen, der gemeint ist, beim Namen zu nennen, soll der Präsident des Sparkassenverbandes, Geiger (CSU), hervorgehoben werden. Für ihn war im Sommer eine Bundesschuld von unter 30 Milliarden Mark zerstörerisch für die Wirtschaft. Heute ist eine geplante für das Jahr 1983 von 41 Milliarden harmlos. Über die Tatsache, daß jedem Kenner klar ist, daß der Bund im nächsten Jahr weit über 50 Milliarden Mark öffentliche Kredite aufnehmen wird, schweigt er sich aus. Es gibt keinen Zweifel: Auch die Verdoppelung der Bundesschuld wird von Vertretern der Wende in der Wirtschaft als Beitrag zur Konsolidierung gepriesen.

Die Tatsache der jetzt schnell wachsenden Neuverschuldung wollen viele verschweigen. Die Regierung Kohl ist mit ihren Planungen und Wirkungen auf die Wirtschaft diejenige Regierung, die die höchste Staatsschuld in Friedenszeiten hervorbringen wird. Man stelle sich vor, was Leute vom Typus Geiger angesichts von 50 Milliarden netto Neuverschuldung unter einer sozialdemokratischen Regierungsverantwortung gesagt hätten. Im Übrigen beweist sich in diesen Tagen, daß weder die aktuelle noch die erwartete Staatsschuld entscheidender Bestimmungsgrund der Zinshöhe ist. Es zeigt sich jetzt: Die Hochzinsen der letzten Jahre waren weitgehend durch den politischen Willen der Mehrheit der Deutschen Bundesbank geprägt, waren Ergebnis der Verknappung der Geldmenge. Dieser Sachverhalt, der letztlich an den Rand der Depressionen geführt hat, darf heute nicht vergessen sein.

Wir wagen die These, daß unter der neuen Rechtsregierung die Staatsschulden genauso außer Kontrolle geraten, wie das in den USA des Präsidenten Reagan derzeit geschieht. Die sture Ablehnung von ausreichend groß dimensionierten staatlichen Beschäftigungsprogrammen verhindert einen Abbau der Arbeitslosigkeit. Die hohe Arbeitslosigkeit ist die Hauptursache der Staatsverschuldung. Durch sie kommt weniger Geld in die Staatskasse, Beiträge für die soziale Sicherung fallen aus und müssen vom Bund getragen werden; zudem werden hohe Kosten der Finanzierung des erzwungenen Nichtstuns von vielen Arbeitnehmern fällig.

Wenn in diesen Tagen von einer Konjunkturbelebung und von Silberstreifen am Horizont die Rede ist, wird vernebelt, daß selbst ein recht unwahrscheinlich erscheinender Konjunkturaufschwung im nächsten Jahr keinerlei erkennbaren Einfluß auf die Zahl der Arbeitslosen haben würde. Aus Gründen der Bevölkerungsentwicklung und vor allem aus Gründen der bei einem Aufschwung zu erwartenden höheren Produktivitätssteigerung in der Wirtschaft sind für den Winter 1983/84 nahezu drei Millionen Arbeitslose vorprogrammiert. Dies könnte man noch verhindern, wenn man sowohl eine drastische Arbeitszeitverkürzung wie direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und vor allem ein großes Milliardenprogramm für öffentliche Investitionen im Umweltschutz, in der Stadterneuerung und im Nahverkehr anpackt.

Das alles lehnt jedoch die Regierung ab. Sie wartet auf Selbstheilungskräfte der Wirtschaft. Sie vertraut den Gesundbetern und verschweigt, daß schon heute klar ist, daß mit dieser Methode drei Millionen Menschen arbeitslos werden.

Die ständige Behauptung ist: Programme wirken nicht. Dabei wird die Tatsache unterschlagen, daß beispielsweise Österreich mit einer Politik, die Preisstabilität und aktive Beschäftigungspolitik verknüpft hat, heute nur knapp über drei Prozent Arbeitslosigkeit hat. Dabei ist Österreich genauso wie wir von der Stahlkrise geplagt und ebenso wie wir von der Stagnation des Welthandels abhängig. Österreich hat heute schon weniger Staatsschulden pro Kopf als wir. Wahr ist: Programme sind billiger als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit. Verkürzung der Arbeitszeit ist vernünftiger, als drei Millionen Menschen auf Null-Arbeitszeit zu setzen. Wer aktive Beschäftigungspolitik ablehnt, scheitert auch bei den Staatsfinanzen. Das eben ist bei den Entscheidungen der Regierung Kohl und ihrer sturen Ablehnung der Beschäftigungshaushalte der SPD schon heute vorgezeichnet.

+ + + (-/29.12.1982/ks/ca)

Halb- und Unwahrheiten als Werbemittel

Die Anzeigenserie der Winterregierung Kohl/Genscher ist ein Skandal

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist zu hoffen, daß das Bundesverfassungsgericht der Propaganda- und Desinformationspolitik der Winterregierung Kohl/Genscher bereits im Januar Schranken setzt. Was da derzeit alltäglich in Großanzeigen als angebliche Information der Bundesregierung zu lesen ist, geht läßt über die berühmte Kuhhaut. Da müssen sich beim Texten die Typenhebel der Schreibmaschine gebogen haben, so unverschämt wird in den Anzeigen durch Halb- und Teilwahrheiten gelogen. Aber ich will nicht polemisieren, sondern meine Behauptung an Einzelbeispielen erhärten:

Nehmen wir die Anzeige über die wichtigsten Neuerungen in der Rentenversicherung. Das, was die Rentner im Januar unmittelbar und zu allererst trifft, wird überhaupt nicht erwähnt: Die Krankenversicherungspflichtigkeit der Zusatzrenten nämlich. Sie wird zu einer echten Schmälerung der Einkommen all jener Senioren führen, die eine Betriebsrente oder ein vergleichbares Zubrot aufweisen und das sind immerhin ein Drittel aller Altersrentner. Die SPD hatte vergeblich versucht, diese Belastung ebenfalls auf den 1. Juli zu verschieben, damit keine tatsächliche Einkommenseinbuße eintreten kann. Dies ist jedoch von der Koalition abgeschmettert worden. In der Anzeige kein Wort von diesem empörenden Vorgang. Schon das ist ein Skandal. Kein Wort natürlich auch darüber, daß noch in diesem Jahr die Rentenversicherung finanziell ins Schleudern geraten wird. Die Zahlungsunfähigkeit ist wegen der verminderten Beitragsleistungen für Arbeitslose vorprogrammiert. Statt dessen die schlichte Lüge, mit der um ein halbes Jahr verschobenen Rentenanpassung verändere sich die Position der Rentner im Einkommensgefüge nicht. Die Rentenerhöhung wird aber dadurch de facto halbiert, die Rentner werden allenfalls zu zwei Dritteln den Kaufkraftverlust des Jahres 1983 auffangen können.

Mit Halb- und Unwahrheiten arbeitet auch die Anzeige zum Thema Arbeitslosenversicherung. Hinter dem harmlosen Satz: "Die Leistungen der Bundesanstalt für Ar-



beit an Arbeitslose werden mehr nach Dauer der Beitragsleistungen gestaffelt. Damit wird mehr Beitragsgerechtigkeit erzielt" verbirgt sich der empörende Vorgang, daß künftig die Masse der Bauarbeiter wie der Saisonabhängigen überhaupt alljährlich aus dem Arbeitslosengeld in die Arbeitslosenhilfe stolpern werden. Und das mit unerbittlicher Regelmäßigkeit. Die SPD hat dies kommen sehen und zu verhindern versucht, sie ist von der Koalition überstimmt worden. Kein Wort auch davon, daß die Wintermehrheit lediglich für Stahlarbeiter - und da auch nur befristet - die Kurzarbeitsperiode ausweitet, die Werft- und Textilarbeiter dagegen in die Arbeitslosigkeit entläßt. Kein Wort davon, daß die Bundesregierung durch die eigene Politik 1983 rund 200.000 zusätzliche Arbeitslose schafft. Statt dessen die heuchlerische Behauptung, man schaffe gesunde öffentliche Finanzen und setze Mittel für verstärkte Investitionen frei.

Von geradezu monströser Absurdität ist schließlich die heutige Anzeige zum Thema Krankenversicherung. Da verkauft die Bundesregierung ihre Patienten-Bestrafungsaktion als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung und als Weg, mehr Geld für öffentliche Investitionen freizubekommen. Keine einzige Mark, die jetzt von Krankenhausinsassen oder Rehabilitanten durch die Selbstbeteiligung abgepreßt wird, kommt den öffentlichen Haushalten zugute. Wohl aber wird die Arbeitslosigkeit in den Kurorten dramatisch ansteigen und ins öffentliche Geld gehen. Die Tatsache, daß künftig bei Krankmeldungen der Arbeitgeber die Einschaltung des Vertrauensarztes verlangen kann, hat ebenfalls nichts mit Haushaltskonsolidierung zu tun, sondern mit dem unausrottbaren Mißtrauen der Konservativen, die, weil sie den Steuerbetrug kennen, den Versicherungsschwindel auf breiter Front für gegeben halten. Letztlich ist auch die Anhebung der Rezeptgebühr und Ausschluß des sogenannten Bagatellheilmittel aus der Leistungspflicht der Kassen zwar ein vernünftiger Schritt, aber keiner, der die öffentlichen Haushalte in Ordnung brächte. Als solcher aber wird er in der Anzeige gepriesen.

Vom Bundeskanzler kann man nicht erwarten, daß er den Mist versteht, den seine Beamten da Anzeige für Anzeige verzapfen. Vom Bundesarbeitsminister auch nicht, denn um Sachverstand und Detailkenntnisse hat er sich noch nie bemüht: Blüm ist voll damit beschäftigt, dem Volk mit immer neuen Gags auf die Nerven zu gehen. Aber von der Regierung insgesamt muß man erwarten dürfen, daß sie sorgsamer mit dem Geld der Bürger umgeht und nicht derart unverschämt desinformiert.

Ich selbst bin kein Freund davon, politische Händel vors Verfassungsgericht zu tragen. Diesmal kann ich meinem Kollegen Wallow nur voll beipflichten, wenn er durch Karlsruher Entscheld den Geisterschreibern des Bundespresseamtes das Handwerk legen lassen will.

+ + + (-/29.12.1982/bgj/ca)

Die Tauglichkeitskriterien ändern!

Nur so ist Wehrgerechtigkeit zu erreichen

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Unterausschuß Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses

Die in den letzten Tagen von Bundesminister Wörner und dann nachgewärmt von Herrn Möllemann wieder einmal angestoßene Diskussion um die Wehrsteuer ist nicht mehr als ein bloßer Pausenfüller im Wintertheater.

Wörner wie Möllemann kennen die verfassungsrechtlichen Probleme aus den jahrelangen Erörterungen um die Wehrsteuer genau, wonach man einen Jugendlichen nicht mit einer Strafsteuer belegen darf und kann, wenn er zum Beispiel aus gesundheitlichen Gründen nicht wehrdienstfähig ist. Im übrigen ist es peinlich, wenn man den nicht ausrechenbaren und damit nicht bezahlbaren ideellen Wert des Wehr- oder Zivildienstes mit einer Steuersumme finanziell aufwiegen würde.

Deshalb: Nein zur Wehrsteuer - aber selbstverständlich Ja zu Bemühungen um mehr Wehrgerechtigkeit. Denn es ist nicht in Ordnung, wenn mehr als 30 Prozent eines Jahrganges weder Wehr- noch zivilen Ersatzdienst leisten. Die politisch richtige Antwort kann nur liegen bei der Veränderung der Tauglichkeitskriterien bei der Bundeswehr.

Da ohnehin die geburtenschwachen Jahrgänge kommen, ist darauf hinzuwirken, daß durch eine Differenzierung der militärischen Ausbildungs- und Tätigkeitsfelder grundsätzlich jeder Berufstätige eingezogen werden kann und je nach seiner gesundheitlichen Belastbarkeit ausgebildet und eingesetzt wird. Unter dieser Voraussetzung kann jeder, der nicht alternativ zum Wehrdienst Ersatzdienst oder Entwicklungsdienst leistet, zum Wehrdienst eingezogen werden. Ein solcher Schritt schafft Wehrgerechtigkeit, nicht eine Wehrsteuer.

(-/29.12.1982/ks/ca)

+ + +



Die falsche Politik korrigieren

Sozialdemokraten haben die gerechteren Lösungsvorschläge

Von Karl Ravens MdL

Vorsitzender des niedersächsischen SPD-Landesverbandes

Das jetzt zu Ende gehende Jahr 1982 hat für die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland einschneidende Veränderungen gebracht. Bundestag und Bundesrat werden jetzt von konservativen Mehrheiten beherrscht. Die Auswirkungen der damit eingeleiteten massiven sozialen Umverteilungen von unten nach oben bekommen die Bürgerinnen und Bürger schon nach nur drei Monaten konservativer Regierungszeit zu spüren.

Nach den Enttäuschungen der ersten Jahreshälfte erleben Sozialdemokraten im Bund und in allen Bundesländern wieder Zustimmung und Unterstützung. Nicht nur kann das Profil sozialdemokratischer Vorstellungen jetzt wieder deutlicher dargestellt werden, sondern es zeigt sich auch, daß immer mehr Menschen angesichts der unionsbestimmten Politik ernüchtert sind und im nachhinein die wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen der SPD-geführten Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt in einem anderen, einem besseren Licht erscheinen.

Die niedersächsische SPD hat im Winter und Frühjahr 1982 unter schwierigen Bedingungen den Landtagswahlkampf geführt. Sie bezog stellvertretend für Koalitionsauseinandersetzungen und unpopuläre Sparbeschlüsse die Prügel bei der Landtagswahl. Als stärkste Oppositionsfraktion im niedersächsischen Landtag werden wir unsere politischen Vorstellungen offensiv gegen die CDU-Landesregierung stellen und damit die Alternative deutlich machen.

Wir haben zur Landtagswahl 1982 unser Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Sicherung einer qualifizierten Ausbildung für die Jugendlichen und zur Anpassung der niedersächsischen Wirtschaft an strukturelle Veränderungen vorgelegt und darin die notwendigen Schritte zur Lösung der Probleme dieses Landes beschrieben. Dieses Programm ist auch heute noch aktuell: Weiterhin sind in Niedersachsen prozentual mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen als in fast allen übrigen Bundesländern. Weiterhin weigert sich die Landesregierung, durch eine aktive Rolle des Staates zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Trotz kleiner Korrekturen beim Förderzins auf Erdöl und Erdgas werden von der CDU-Landesregierung immer noch mehrere hundert Millionen Mark an die Öl-Multis verschenkt, statt sie zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verwenden.



Der Haushaltsentwurf dieser Landesregierung wiederholt die Fehler der Vergangenheit. Er kürzt dort oder setzt dort keine Akzente, wo es um arbeitsplatzsichernde oder arbeitsplatzschaffende investive Ausgaben geht.

Sozialdemokraten stehen im Bund und hier in Niedersachsen vor der Aufgabe, diese falsche Politik, mit der Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit gefährdet werden, zu korrigieren. Auf Bundesebene tritt die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel zuversichtlich zu den wahrscheinlichen Bundestagswahlen im März an. In Niedersachsen werden wir in der Rolle der wachsam und kritischen Opposition die Schwachstellen und Fehler der CDU-Landesregierung aufgreifen und - im Rahmen der Möglichkeiten einer Opposition - zur Korrektur dieser Politik beitragen.

Im Mittelpunkt muß dabei das Bemühen stehen, mehr Menschen Arbeit und allen jungen Menschen eine gute Ausbildung und berufliche Bildung zu geben. Die SPD unterstützt und beteiligt sich an den Überlegungen der Tarifpartner, insbesondere der Gewerkschaften, nach Formen einer gerechteren und humaneren Arbeitsteilung zu suchen. Von der Landesregierung erwarten wir, daß sie das Schicksal der von Arbeitslosigkeit betroffenen Familien nicht einer volkswirtschaftlichen zudem unsinnigen Politik des Nur-Sparens unterordnet.

Neben der Arbeitsmarktsituation wird die Medienpolitik der Landesregierung im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum stehen. Die niedersächsische SPD wird den Bestrebungen des Ministerpräsidenten ihren Widerstand entgegensetzen, wo es nicht um eine Verbesserung des Informations- und Unterhaltungsangebotes, sondern lediglich um die Gewinninteressen privater Veranstalter geht. Mit verstärkter Aufmerksamkeit wird im kommenden Jahr auch die schwarze Personalpolitik und die politisch motivierte Absetzung bestimmter Programmteile zu beobachten sein.

Politik ist angesichts der Aufgaben- und Problemfülle, die es zu bewältigen gilt, mehr denn je auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen angewiesen. Deshalb ist die Entscheidung des Ministerpräsidenten, entgegen früheren Zusagen nun doch einen Standort im Landkreis Lüchow-Dannenberg für eine zu errichtende Wiederaufbereitungsanlage zu benennen, sehr zu bedauern.

Die SPD hat sich bemüht und wird sich auch in Zukunft darum bemühen, die in der Bevölkerung kontrovers diskutierte Politikbereiche sorgfältig und sachgerecht aufzuarbeiten und zu entscheiden. Wir nehmen für unsere politischen Vorstellungen in Anspruch, die angemesseneren und sozial gerechteren Lösungsvorschläge entwickelt zu haben. 1982 wird darüber entscheiden, ob diese Lösungswege wieder zum entscheidenden Faktor der deutschen Politik nach innen und zur Sicherung des Friedens in dieser Welt werden. Ich bitte alle Mitglieder und Freunde der SPD, im kommenden Bundestagswahlkampf dazu beizutragen, dieses Ziel zu erreichen.

(-/29.12.1982/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



+ + +